

SPD Essen unterstützt Ziele des KlimaEntscheids **Beschluss des Unterbezirksvorstands vom 21.04.2021**

Die Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels zur Begrenzung der globalen Erwärmung ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Wir wollen nachfolgenden Generationen einen bewohnbaren Planeten hinterlassen, auf dem wir nicht nur die Klimakrise gelöst, sondern auch Armut und Ungleichheit beseitigt, Wohlstand für alle erreicht und eine zukunftsfeste Infrastruktur gesichert haben. **Die SPD Essen unterstützt daher im Grundsatz die Ziele des Klimaentscheides Essen mit Blick auf die Erreichung von Klimaneutralität bis zum Jahr 2030.**

Dieses Ziel wollen wir erreichen, ohne dabei die bereits vorhandene soziale Spaltung unserer Stadt weiter zu vertiefen. Insofern gilt es die Lasten gerecht zu verteilen und insbesondere diejenigen stärker zu beteiligen, die den Großteil klimaschädlicher Emissionen zu verantworten haben. Unser Ziel ist es, für alle Menschen unabhängig von Bildung, sozialem Status und Einkommen gesunde Umwelt- und Lebensbedingungen zu schaffen.

So schädigt das wohlhabendste ein Prozent der Menschheit das Klima doppelt so stark wie die ärmere Hälfte der Welt. Die reichsten zehn Prozent sind für über die Hälfte (52%) der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich, die in dem Vierteljahrhundert zwischen 1990 und 2015 ausgestoßen wurden. Essen als Heimat namhafter Energiekonzerne muss hier eine besondere Verantwortung für die Minderung der Treibhausgas-Emissionen übernehmen und durch einen ausbalancierten Weg zwischen sozialen und Klimaschutzbelangen eine Vorreiterrolle übernehmen.

Schon in den vergangenen Hitzeperioden hat sich gezeigt, dass sich hochverdichtete Bereiche unserer Stadt besonders stark erwärmen und es in den Nächten kaum noch zu einer signifikanten Abkühlung kommt. Häufig handelt es sich dabei um Räume in unserer Stadt, die durch finanziell schlechter gestellte Menschen in nicht modernisierten Häusern mit meist geringem Grünanteil im Umfeld bewohnt werden. Wir dürfen deshalb nicht zulassen, dass die dort lebenden Menschen den zweifachen Preis zahlen. Den Preis zur Eindämmung der Klimakrise auf der einen und den Preis für die Folgenbewältigung auf der anderen Seite. So zeigt sich schon jetzt, dass durch die durchaus folgerichtige Bepreisung des CO₂-Ausstosses, gerade die sozial Schwächeren erheblich benachteiligt werden. Sie müssen die deutlich steigenden Preise für Energie tragen und werden zusätzlich noch bei erfolgreichen Modernisierungen durch die Wohnungsunternehmer, mit steigenden Mietpreisen durch die umgelegten Kosten belastet. Gerade der Bereich Wohnen bietet noch ein erhebliches Potential bei der Einsparung von CO₂-Emissionen, allerdings kann es nicht sein, dass die Kosten dafür letztlich zum überwiegenden Teil von den Mieter:innen allein getragen werden sollen.

Das zeigt, dass die Klima- und die Ungleichheitskrise zusammen gelöst werden müssen. Wir als SPD stehen gegen Bestrebungen, alles über die Macht der Marktes regeln zu wollen. Niemand darf sich freikaufen oder sich aufgrund seines sozialen Status und Einflusses Privilegien erkaufen können.

Mit der CO₂-Bepreisung belasten wir aber alle gleichermaßen. Für die unteren Einkommen wirken sie ungleich belastender als für die oberen Einkünfte und große Vermögen. Das zeigt, dass wir weitere Mechanismen brauchen um klimaschädliches Verhalten stärker nach dem Verursacher:innenprinzip zu sanktionieren.

Kommunale Kompetenzen sind auf ihre Stadtgrenzen beschränkt, daher ist auch eine stärkere Vernetzung im Ruhrgebiet anzustreben, um Klimaziele und Umweltgerechtigkeit durchzusetzen. Die Möglichkeiten der Kommune werden zudem durch die Situation der

kommunalen Haushalte eingeschränkt. Das darf aber nicht dazu führen, die Herausforderung erst gar nicht anzunehmen, sondern das Machbare nun schnell anzupacken.

Dabei erscheinen uns die folgenden Maßnahmen besonders vordringlich und sinnvoll, da sie sich in Rahmen kommunaler Handlungsoptionen darstellen lassen:

- Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MiV) und Ausbau des ÖPNV sowie Stärkung des Fuß- und Radverkehrs unter vollständiger und umfänglicher Umsetzung der Ziele des Radentscheides
- Ausschöpfung des Potentials für Photovoltaik, zügiger Ausbau der H2-Infrastruktur und anderer regenerativer Energieträger in kommunaler Verantwortung
- Schaffung eines klimafreundlichen Wohnumfeldes durch Begrünung von Straßenzügen, Dach- und Fassadenbegrünung und Vertikalgärten insbesondere in hochverdichteten Stadtteilen und Schaffung von Anreizen für nachträgliche Begrünung
- Klimaneutralität der Stadtverwaltung Essen und sämtlicher Tochterunternehmen im Konzern Stadt Essen deutlich vor 2030 anstreben
- Umweltthemen und Klimaschutz in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen, insbesondere in städtischer Trägerschaft, werden stärker verankert

Wir setzen uns ein für mehr und bessere **Umweltbildung** und eine stärkere Ausrichtung auf die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) – nicht nur über die „Schule Natur“ – denn diese fördert die Dialogfähigkeit und das Orientierungswissen. Sie zielt somit auf die Fähigkeiten ab, Verantwortung für eigenes Handeln zu übernehmen und mit Unsicherheiten und Widersprüchen umzugehen und an der Gestaltung einer demokratischen und kulturell vielfältigen Gesellschaft mitzuwirken.

Darüber hinaus wollen wir den Transformationsprozess der Essener Wirtschaft aktiv begleiten und die Potentiale nutzen, die sich aus dieser Transformation ergeben.

Hierfür muss die EWG deutlich strategischer ausgerichtet und durch entsprechende Fachbereiche verstärkt werden. Wir wollen, dass am Ende nicht weniger Arbeitsplätze da sind, sondern mehr. Dazu wollen wir neue „grüne“ Industriegebiete schaffen und einen Hub für StartUps für Umwelt- und H2-Technologie installieren.

Wir müssen die Chancen nutzen, die aus der umweltgerechten Produktion entstehen. Industrie ist keine Bedrohung, sondern ein Zukunftsmarkt, in dem Arbeitsplätze entstehen können und nicht vernichtet werden.

Der Transformationsprozess der Essener Wirtschaft kann nur mit einer guten Bildungsinfrastruktur und Möglichkeiten, Menschen in gute Arbeit zu bringen, gelingen.